



Kiel, 26. Mai 2011

Nr. 165/2011

Olaf Schulze und Marion Sellier:

## Länderklausel im CCS-Gesetzentwurf ist eine Nullnummer

*Zur Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages über die Wirksamkeit der sogenannten Länderklausel zum Ausschluss von CO<sub>2</sub>-Speicherung im CCS-Gesetzentwurf sagen der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze, und die nordfriesische Abgeordnete Marion Sellier:*

Nun bestätigen auch die Chefjuristen im Bundestag unsere Vermutungen: Die von CDU und FDP bejubelte Länderklausel zum Ausschluss von CO<sub>2</sub>-Speicherung in ganzen Bundesländern, die Ministerpräsident Carstensen angeblich dem Bundesumweltminister abgetrotzt hat, ist so löcherig wie ein Schweizer Käse und damit unwirksam. Zitat aus dem Gutachten: „Ein kategorischer Ausschluss des gesamten Landesgebietes unter Missachtung des Abwägungsgebotes ... dürfte danach nicht möglich sein.“

Klarer kann man es nicht sagen: Carstensen kann sein Versprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht einhalten, ein gesetzlicher flächendeckender Ausschluss von CO<sub>2</sub>-Speicherung ist in Schleswig-Holstein durch das CCS-Gesetz nicht möglich. Die Landesregierung muss daher im Bundesrat gegen das Gesetz stimmen!

An dieser Lesart der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes ändern auch die besserwisserischen juristischen Anmerkungen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki nichts. Der gleiche Vorwurf, den er gegenüber den Grünen im Bundestag macht, gilt auch für ihn: Er hätte die Stellungnahme ganz lesen müssen. So kann sich der Wissenschaftliche Dienst in Ausnahmefällen nach intensiver Abwägung zwar auch ein ganzes Landesgebiet als positives oder negatives Gebiet für eine CO<sub>2</sub>-Speicherung vorstellen, durch einen kategorischen Ausschluss eines Bundeslandes aus einem Bundesgesetz wäre jedoch die Zielerreichung des Gesetzes insgesamt ausgehebelt und in Zweifel gezogen. Viel Spaß auf diesem Spielplatz für Juristen!

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)